



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
20.05.2025 Münsterland Zeitung: Details zu Transporten: Bis zu drei Castoren könnten gleichzeitig rollen	4
19.05.2025 Bayerischer Rundfunk: Atommüll in Kriegszeiten: Forderung nach schnellerer Endlagerung	6

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Details zu Transporten: Bis zu drei Castoren könnten gleichzeitig rollen

Der Umbau hat begonnen, die Initiativen demonstrieren,

die Castortransporte aus Jülich drohen weiter. Neue Details werden dazu bekannt.

Der Umbau des Kreisverkehrs an Schumacher- und Adenauerring hat am Montagmorgen wie zuletzt geplant begonnen. Damit soll der Weg für die geplanten Castortransporte aus Jülich nach Ahaus erleichtert werden.

Derweil werden neue Einzelheiten mit Blick auf die drohenden Transporte aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Bundesregierung öffentlich. Die hatte unter anderem der Bundestagsabgeordnete Dr. Fabian Fahl (Linke) aus Aachen gestellt. Er warnt vor den geplanten Transporten von Jülich nach Ahaus und fordert ein sofortiges Moratorium. „Die geplanten Castor-Transporte sind unnötig und riskant“, macht er deutlich.

In ihren Antworten benennt die Bundesregierung auch Kosten für die Transporte von Jülich nach Ahaus: Die reine Durchführung eines Transportes koste 174.000 Euro. Also rund 26,45 Millionen Euro für alle 152 geplanten Transporte. Insgesamt rechne die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) aber mit rund 40 Mio. Euro nur für den Transport. Darin sind dann weitere Kosten enthalten, allerdings noch nicht die für die Sicherung durch die Polizei. Dazu kommen noch einmal rund 50 Mio. Euro, die bereits für die Entwicklung und Bau des „Trans-

portequipments“ ausgegeben wurden. Noch einmal dazu kommt eine Million Euro für die Anmietung der Stellplätze im Zwischenlager Ahaus. In ihrer Aufstellung nennt die JEN Kosten von insgesamt rund 100 Millionen Euro für den Transport und die Zwischenlagerung in Ahaus.

Interessanter Halbsatz: Mehrere Behälter könnten zu einem Transport zusammengefasst werden. Bisher ist immer von 152 einzelnen Transporten die Rede. Ein Behälter pro Spezial-Tiefloader, ein Tiefloader pro Transport. Nach Antwort auf die kleine Anfrage ist aber auch denkbar, dass bis zu drei Behälter zu einem Transport zusammengefasst werden. „Sollte die Polizei die Bündelung von Transporten anweisen, könne mit einer Reduzierung der Gesamtkosten aufgrund einer reduzierten Anzahl von Transportvorgängen gerechnet werden“, heißt es in der Antwort. Damit wäre eine Reduzierung der reinen Transportkosten auf 18,5 Mio. Euro denkbar.

Neubau ist teurer und langsamer

Die andere Option, der Neubau eines Zwischenlagers in Jülich, sei zwar denkbar aber auch deutlich teurer: Schon im November 2022 habe der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Bundesministerien dazu aufgefordert, die kostengünstigere ‚Ahaus-Option‘ zu verfolgen, falls das Land Nordrhein-Westfalen die Mehrkosten des Neubaus in Jülich nicht tragen möchte.

Der Kostenvergleich zwischen Neubauoption in Jülich und Transport der Behälter nach Ahaus falle eindeutig aus: Allein der Betrieb des aktuellen Zwischenlagers in Jülich koste jährlich rund zehn Mio. Euro. Diese Kosten seien auch bei einem Zwischenlagerneubau zu prognostizieren. Im bereits betriebenen Zwischenlager Ahaus würde die Einlagerung JEN-seitig jährlich rund eine Million Euro kosten. Gerechnet auf rund 50 Jahre, die für die Zwischenlagerung bis zur Schaffung eines Endlagers wohl benötigt würden, verursache der Transport nach Ahaus somit 450 Mio. Euro weniger Betriebskosten im Zwischenlager. Dazu komme, dass der Transport nach Ahaus schlicht weniger Zeit benötige als ein Neubau in Jülich.

Gefragt nach möglichen Risiken der Transporte, weicht die Bundesregierung in ihrer Antwort aus und verweist lediglich auf geltende Bestimmungen und Zulassungen. „Die Sicherheit aller Gefahrguttransporte inklusive aller Transporte von radioaktiven Stoffen wird durch nationales und internationales Regelwerk sichergestellt“, heißt es darin lediglich.

Für den Montagabend hatte die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ zusammen mit anderen Initiativen eine Kundgebung vor dem Rathaus geplant. Ebenfalls am Abend wollten JEN und die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung im Ahauser Rathaus über den aktuellen Stand der Verfahren informieren.

Wörter:	609	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Rape, Stephan	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	17	Auflage:	10.275 (gedruckt) ¹
Ressort:	Ahaus		14.451 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		17.850 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite:	0,05401 (in Mio) ²
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Münsterland Zeitung

¹ IVW 1/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Abbildung: Der Umbau für die drohenden Castortransporte hat begonnen. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage gibt es von der Bundesregierung in Nebensätzen neue Punkte. Und etliche ausweichende Antworten. FOTO Stephan Rape

Abbildung: Erstmals ist die Einfahrt vom Kreisverkehr in den Schumacherring gesperrt. Ab 23. Mai nachmittags wandert die Baustelle dann in die Einmündung der Legdener Straße. FOTO Stephan Rape

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Bayerischer Rundfunk

Atommüll in Kriegszeiten: Forderung nach schnellerer Endlagerung

19. Mai 2025 13:32 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Diesen Herbst sollen die Kühltürme in Gundremmingen abgerissen werden. Mit einer Höhe von rund 160 Metern sind sie das weithin sichtbare Zeichen des früheren Kernkraftwerks in der Region. Verborgen in einer Halle lagert dagegen ein Problem, das bislang ungelöst ist: hochradioaktiver Atommüll, der wahrscheinlich noch lange hier bleiben wird.

Der lange Weg zum Endlager "Wenn es nur 90 Jahre bis zur Endlagerung dauert, wäre es schon das positive Szenario", erklärt Wolfram König, der frühere Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz und des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Nach derzeitigen Plänen wird es noch Jahrzehnte dauern, bis überhaupt ein geeigneter Standort für ein Endlager in Deutschland gefunden sein wird. Dann muss es erst noch gebaut und danach alle Castoren dort eingelagert werden. König appelliert, den Prozess deutlich zu beschleunigen, denn die Sicherheitslage in Deutschland habe sich verändert.

Radioaktiver Müll als Angriffsziel? "Unsere Zwischenlager sind nicht auf kriegerische Ereignisse ausgelegt. Wir haben in der Ukraine erlebt, dass plötzlich Kernkraftwerke angegriffen werden. Das sollte uns eine Mahnung sein", sagt König. Er plädiert dafür, die Anforderungen an Zwischenlager an die neuen Umstände anzupassen. König hatte nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center Castoren prüfen lassen und Anlagen gegen mögliche Attacken "gehärtet". Über Details kann er aus Sicherheitsgründen nicht sprechen, aber es sei wichtig, solche aus Sicht des Gegners "möglicherweise interessanten Ziele" schnell auszuschalten.

Klage gegen Standort Gundremmingen Bis zum Jahr 2031 sollte ursprünglich ein geeigneter Standort für hochradioaktiven Abfall feststehen, doch nach dem Ausscheiden des Salzstocks Gorleben begann der Prozess von vorn. Die Suche könnte nun vielleicht erst in den 2060er oder 2070er Jahren abgeschlossen sein. Die Genehmigung für das Zwischenlager in Gundremmingen läuft allerdings lange vorher aus und muss verlängert werden. Anwohner in der Region hatten zusammen mit der Bürgerinitiative "FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager" vor dem Verwaltungsgerichtshof in München geklagt. Sie fürchteten, dass radioaktives Material austreten könnte. Das Gericht hatte im April vergangenen Jahres entschieden, dass der Standort weiter als Zwischenlager für Atommüll genutzt werden darf und eine ausreichende Vorsorge getroffen wurde. Bildrechte: BR/ Peter Allgaier Bildbeitrag Wolfram König, der frühere Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz und des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

Alternativen zum derzeitigen Zwischenlager Die Frage, wo man die Brennelemente alternativ verwahren könnte, ist allerdings nicht leicht zu beantworten. Sie in Gündremmingen unterirdisch zu lagern, hält der Ex-Präsident des **BASE** für keine gute Idee. "Sie haben noch eine starke Restwärme, man müsste sie künstlich abkühlen. Fallen aber Anlagen aus, könnte das problematisch werden", sagt König. Doch könnte man nicht den **Atom Müll** aller Zwischenlager an einem Ort aufbewahren? "Warum sollte eine Gemeinde das errichten? Es würde ähnliche Widerstände geben, wie bei einem **Endlager**", prognostiziert er.

Schnellerer Auswahlprozess Das **BASE** will die Suche danach deutlich beschleunigen. Statt wie bislang zehn möglicher Standortregionen in Deutschland, könnte die Auswahl auf maximal sechs begrenzt werden, die dann eingehend geprüft werden. Aktuell sieht das Gesetz noch vor, komplette Erkundungsbergwerke zu bauen, wesentlich schneller soll es mit modernen Bohrtechniken gehen. Der Ex-Präsident des **BASE** hofft, dass das Thema nach vorne auf der politischen Agenda rückt, denn im Koalitionsvertrag sei zum Thema **Atomenergie** und **Endlagerung** nichts zu lesen. "Leider hatte man in der Vergangenheit nur aus Katastrophen wie Fukushima oder Tschernobyl gelernt. Ich hoffe, es muss nicht erst wieder etwas passieren, bis man handelt." "Hier ist Bayern": Der BR24 Newsletter informiert Sie immer montags bis freitags zum Feierabend über das Wichtigste vom Tag auf einen Blick – kompakt und direkt in Ihrem privaten Postfach. Hier geht's zur Anmeldung!
